

Nr. 107

Anfrage

der Fraktion der SPD.

Die Sozialdemokratische Fraktion der Verfassungsberatenden Landesversammlung stellt folgende Anfrage an die Staatsregierung:

Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung ergriffen, um dem Ueberhandnehmen des Berechtigungswesens entgegenzutreten.

Begründung: Es sind uns in letzter Zeit verschiedentlich Mitteilungen zugegangen, wonach festgestellt werden muß, daß das Berechtigungswesen nicht abgebaut, sondern im Gegenteil, verstärkt wird.

Dies trifft insbesondere auf den gehobenen Bibliothekdienst, wie auch auf die Forstverwaltung zu. In diesen Ausbildungszweigen besteht die Tendenz, in Zukunft nur noch Abiturienten zuzulassen. Die Fraktion ist jedoch als Vertreterin der minderbemittelten Schichten daran interessiert, auch jungen Menschen aus dem Arbeiterstande bei Eignung diese Laufbahn offen zu halten.

gez.: W. Apel, Freidhof, W. Knothe,
Gg. Buch, H. Nitsche.

Nr. 108

Anfrage

der Fraktion der CDU.

Betr.: Staatszugehörigkeit der Neubürger.

Bei der Ausstellung der Kennkarte haben sich Zweifel hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Neubürger gezeigt. Zum Teil wurde sogar die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit eingetragen.

Eine eindeutige und schnelle Klärung dieser Frage ist dringend erforderlich.

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um so schnell wie irgend möglich die Staatsangehörigkeit der Neubürger zu regeln und damit die wichtigste Voraussetzung für die Gleichstellung der Neubürger mit den Altbürgern zu schaffen?

gez.: Unterschriften.

Nr. 109

Antrag

der Fraktion der CDU.

Die Christlich-Demokratische Union beantragt:

Die Verfassungsberatende Landesversammlung Groß-Hessen wolle beschließen:

Das Staatsministerium möge dafür sorgen, daß die folgenden Vorschläge verwirklicht werden: